

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39  
Telex: 886846 pbbn d

## Inhalt

Professor Horst Ehmke MdB erinnert an die Stuttgarter Rede des US-Außenministers Byrnes vor 40 Jahren: Mit Festigkeit und Dialog den Frieden sichern.

Seite 1

Volker Neumann MdB kommentiert die EKD-Erklärung „Flüchtlinge und Asylsuchende“: Aufruf zu Humanität und Sachlichkeit.

Seite 4

Manfred Reimann MdB setzt sich mit dem Versuch des Mainzer Wirtschaftsministers Rudi Geil auseinander, den Widerspruch von Aufschwung und anhaltender Massenarbeitslosigkeit zu erklären. „Stille Reserve“ als Sündenbock.

Seite 5

41. Jahrgang / 168

4. September 1986

### Mit Festigkeit und Dialog den Frieden sichern

Die Philosophie der Stuttgarter Rede des US-Außenministers Byrnes vor 40 Jahren wurde zur Grundlage des westlichen Bündnisses

Von Professor Horst Ehmke MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Am 6. September jährt sich zum 40. Mai der Jahrestag der Rede, die der damalige amerikanische Außenminister James F. Byrnes 1946 in Stuttgart gehalten hat. Kaum eine Rede der Nachkriegszeit hat die Historiker des Westens so stark beschäftigt wie diese bemerkenswerte Stellungnahme 16 Monate nach der deutschen Kapitulation.

Viele sahen in dieser Rede den ersten offiziellen Angriff eines führenden amerikanischen Politikers auf die sowjetische Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, der zum Kalten Krieg und in der Folge zur Zementierung der Teilung Deutschlands führte.

Andere interpretierten sie als den Versuch der amerikanischen Regierung, einer als destruktiv empfundenen Deutschlandpolitik Frankreichs entgegenzutreten und die französische Regierung in der Saarfrage und in der Frage der Neustrukturierung Deutschlands auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens zum Einlenken zu bewegen.

Beide Interpretationen tun Byrnes offensichtlich Unrecht und verkürzen in unzulässiger Weise die Bedeutung seiner Politik, die er in dieser Rede beispielhaft zum Ausdruck brachte. Byrnes ging es in Stuttgart darum, der amerikanischen Deutschlandpolitik neue Impulse zu geben und der amerikanischen wie der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik langfristige Perspektiven zu eröffnen.

Byrnes war sicher kein Kalter Krieger. Er ging die Probleme, die sich aus der Neuordnung und dem Wiederaufbau Europas nach der Hitler-Aggression ergaben, unvoreingenommen, in einer Art pragmatischen Idealismus an. Wann er dennoch in seiner Zeit als

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bazug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
by Hermann Rötter  
Reizling-Press



Außenminister eine zunehmend kritische Haltung zur sowjetischen Europapolitik einnahm, so war dies Folge seiner Erfahrungen mit Stalin und Molotow als Verhandlungspartner von Jalta bis zu den Pariser Außenministerkonferenzen.

Dennoch argumentierte Byrnes auch später in seinen Memoiren nie aus einer ideologischen Fixierung heraus, sondern politisch pragmatisch. Er würdigte und respektierte stets die Rolle der Sowjetunion als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges, die die Hauptlast dieses Krieges getragen hatte. Er war sich des Eindrucks bewußt, den diese Rolle auch auf die amerikanische Bevölkerung ausübte. Er bedauerte das mangelnde sowjetische Vermögen, diesen positiven Eindruck zu nutzen und bewunderte aus professioneller Sicht gleichzeitig die Beharrlichkeit, mit der Moskau seine Ziele verfolgte. Aber Byrnes zog aus seiner reichen Konferenzerfahrung drei Folgerungen, die seine Rede in Stuttgart und seine Außenpolitik insgesamt prägten:

#### 1. Die Ablehnung einer Politik der leeren Drohungen

Byrnes versprach sich nichts von verbalen Kraftakten, die nicht die politisch-militärischen Rahmenbedingungen in Betracht zogen. Er war auch in Bezug auf die sowjetische Europapolitik davon überzeugt, daß der Westen in den Konferenzen von Jalta, Potsdam und Paris nichts aufgab, was nicht durch militärische Fakten bereits verloren war.

#### 2. Die Forderung, Druck und Aggressivität in der Politik mit festem Widerstand zu begegnen

Seine kritische Haltung gegenüber der sowjetischen Strategie war Folge der Unmäßigkeit Stalins. Dabei nahm Byrnes an, daß die sowjetische Politik selbst unter Stalin nicht auf eine Beherrschung ganz Europas ausgerichtet war, weil Moskau fürchten mußte, daß die Völker Westeuropas das sowjetische System nicht akzeptieren würden. Aber er bezweifelte nicht das Interesse Moskaus an einer politischen Destabilisierung Westeuropas und forderte deshalb entschlossenes Handeln der Völkergemeinschaft.

#### 3. Der Anspruch, jede Situation gleichzeitig gerecht und objektiv zu beurteilen

Gerade dieser Anspruch weist Byrnes als einen liberalen Staatsmann einer großen amerikanischen Tradition aus. Byrnes war Realist. Seine Praxis als Anwalt, Oberster Richter und Mitglied des Kongresses hatten ihn im Umgang mit Menschen geschult. Für ihn zählten Zahlen und Tatsachen, nicht Vorurteile und Emotionen.

Es war dieses Herangehen an die Probleme, die der Zweite Weltkrieg geschaffen hatte, die der Politik von Byrnes einen so pragmatischen und langfristig prägenden Charakter gegeben hat. Er nannte als erster die Notwendigkeit, die militärischen Strukturen Westeuropas zu stärken, um den Kontinent insgesamt zu stabilisieren. Byrnes hat wesentlich zum Zustandekommen des Marshall-Planes beigetragen. Er war beeindruckt von einer Rede, die Stalin am 9. Februar 1946 vor dem ZK der KPdSU gehalten hatte, und in der er die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion den eigentlichen Machtfaktor der Zukunft nannte. Dem setzte Byrnes die wirtschaftliche Gesundung und den Wiederaufbau Westeuropas entgegen.

Byrnes glaubte an die Macht menschlicher Kontakte in der internationalen Politik. Er sagte einmal: „Es gibt keinen eisernen Vorhang, den nicht die Summe der Gefühle aller Menschen durchdringen könnte.“ In diesem Satz wird in gewisser Weise die Philosophie der Schlußakte von Helsinki und des KSZE-Prozesses vorweggenommen. Byrnes sagte auch: „Wir müssen uns politisch von der falschen Vorstellung befreien, daß unsere politischen Fehlschläge einen Konflikt unvermeidbar machen.“ Er kritisierte diese Vorstellung in der sowjetischen Politik und forderte zur Zusammenarbeit und zum Dialog auf. „Um die Welt wieder aufzubauen, brauchen wir einen Kurs, der Hingabe an den Grundsatz der Zusammenarbeit erfordert“, sagte Byrnes später.



Byrnes war also davon überzeugt, daß nur eine Doppelstrategie, nämlich einerseits Festigkeit und zum anderen Dialog, einen dauerhaften Frieden in Europa sichern könne. Bedauerlich, daß Byrnes von einigen so gründlich mißverstanden wurde, wie die Auseinandersetzung um den damaligen amerikanischen Handelsminister Wallace beweist. Wallace hatte Byrnes eine zu intransigente Haltung der Sowjetunion gegenüber vorgeworfen. Andere nahmen Byrnes als Protagonisten und Geburtshelfer für den Kalten Krieg in Anspruch. Es bedurfte der Überwindung des Kalten Krieges, um im Harmel-Bericht der NATO die Doppelstrategie von Byrnes zu einer allgemein akzeptierten Richtlinie der Politik des westlichen Bündnisses zu machen. Die SPD - das hat nicht zuletzt unser Nürnberger Bundesparteitag gezeigt - bekennt sich mit Entschiedenheit zu dieser Doppelstrategie.

Byrnes verlangte aber auch Stabilität und Berechenbarkeit in der Außenpolitik seines eigenen Landes. Er war zutiefst davon überzeugt, daß eine stabile und langfristig berechenbare Außenpolitik nur dann möglich ist, wenn sie in ihren Grundsätzen von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Mit Beharrlichkeit und Energie kämpfte er für diesen breiten Konsens. Seinen Bemühungen war es zu verdanken, daß die Präsidenten Roosevelt und Truman nicht die bitteren Erfahrungen mit einem halsstarrigen Senat machen mußten, die Präsident Wilson nach dem Ersten Weltkrieg nicht erspart blieben und die letztlich die Ursache für den Rückzug der USA aus Europa und damit für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren.

Man ist versucht, diese Einsicht und Mahnung Byrnes heute denjenigen in Erinnerung zu rufen, die Ausgrenzung und Verteufelung des politischen Gegners an die Stelle einer verantwortungsbe-  
wußten und berechenbaren Außenpolitik setzen.

Und noch eine Lehre von Byrnes: In der Tradition der amerikanischen „open diplomacy-Politik“ forderte er die Überwindung der Ära der Geheimdiplomatie. An die Politiker seiner Zeit gerichtet sagte er: „Wir müssen dafür sorgen, daß unser Volk Gelegenheit bekommt, die Probleme, die an seine Diplomaten herangetragen, kennenzulernen und die geforderten Lösungen selber gebührend zu beurteilen. Das Recht des Volkes auf Mitwisserschaft ist ein fundamentales Grundrecht.“ Auch diese Einsicht ist heute so aktuell wie damals.

Es war dieser pragmatische und liberale Geist, der die Rede von Byrnes in Stuttgart geprägt hat. Byrnes warb in dieser Rede um das Verständnis der amerikanischen Öffentlichkeit für die Lage in Deutschland und Europa und beruhigte gleichzeitig Franzosen und Deutsche durch seine Versicherung, daß die USA langfristig in Deutschland präsent sein würden. Er forderte eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands als Voraussetzung politischer Stabilität und gab damit den Deutschen wieder Hoffnung.

Es ehrt Byrnes, daß er zu einem Zeitpunkt, als der Ruf nach Revanche aus verständlichen Gründen übermächtig war, einen kühlen Kopf behielt und den Gedanken der Versöhnung und des Wiederaufbaus förderte. Der Satz von Byrnes: „Das amerikanische Volk versucht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben“, beflügelte in der Folge das politische Leben in den westlichen Zonen. Die deutsche Wirtschaft, bis dahin gelähmt durch die Furcht vor dem Morgenthau-Plan, sah erstmals wieder Zukunftschancen.

Von der Rede Byrnes in Stuttgart vor 40 Jahren geht ein kontinuierlicher Weg zum Marshallplan, zur Gründung des westlichen Bündnisses und der Verkündung des Grundgesetzes bis zum HARMEL-Bericht der NATO. Die Byrnes-Rede wird im Bewußtsein vieler Deutscher mit dem politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Landes gleichgesetzt.

Byrnes wollte kein Vasallentum der Völker Europas im Osten wie im Westen und brachte dies auch explizit zum Ausdruck. Er wünschte eine demokratische und wirtschaftliche Stabilisierung Westeuropas, keine Abhängigkeit auf Dauer. Der Jahrestag seiner Rede ist eine Mahnung an die Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks, seine Ratschläge nicht zu vergessen. (-/4.9.1986/va-/rs)



Mehr Engagement und Sachlichkeit

Zur EKD-Erklärung „Flüchtlinge und Asylsuchende“

Von Volker Neumann MdB

Die Ausarbeitung der EKD „Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land“ erscheint zur rechten Zeit. Sie dient der dringend notwendigen Versachlichung einer Diskussion, die Gefahr läuft, emotional überzuschwappen. Provoziert auch durch politische Äußerungen über den angeblichen „Mißbrauch des Asylrechts“ oder die „nicht mehr zu dämmende Flut von Asylantern“ hat sich in großen Teilen der Bevölkerung eine bedenklich wachsende Ablehnung gegen Asylbewerber aufgestaut.

Auf dieser Welle der Emotionen gedenken die „christlichen Parteien“ denn auch durch den Wahlkampf zu reiten. Wahrlich ein beeindruckendes Unterfangen christlicher Nächstenliebe.

Die EKD-Schrift dient daher in mehrfacher Weise einer ernsthaften und angemessenen Auseinandersetzung mit der Asylanternfrage. So weist sie auf die historische Verpflichtung der Deutschen und Deutschlands hin, politisch Verfolgten Aufnahme zu gewähren. Mit der Schaffung des Asylgrundrechts sollte ein „humanitäres Zeichen der neuen deutschen Rechtsordnung“ gesetzt werden. Dabei waren sich die Mitglieder des Parlamentarischen Rates durchaus bewußt, daß Flucht meist eine Massenbewegung ist. Überzeugend argumentierte damals das CDU-Mitglied des Parlamentarischen Rates, von Mangoldt: „Wenn wir irgendeine Einschränkung aufnehmen würden, um die Voraussetzung für die Gewährung des Asylrechts festzulegen, dann müßte an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. Dadurch würde die ganze Vorschrift völlig wertlos.“

Heute ist die Masse der Flüchtlinge groß. Nach Berechnungen des UNHCR bilden zehn bis 15 Millionen Menschen die riesigen Flüchtlingströme. Menschen flüchten aus politisch bedrängenden Situationen in ihrem Heimatland, viele verlassen ihr Land aufgrund unvorstellbarer wirtschaftlicher Not, oft verursacht durch Naturkatastrophen oder durch die Spätfolgen des Kolonialismus.

Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge, etwa sechs Prozent, gelangt überhaupt nach Europa. Und die meisten haben den Wunsch, so schnell wie möglich in ihren Kulturkreis zurückzukehren, wenn dort wieder bessere politische Verhältnisse herrschen. Der Anteil derjenigen, die bleiben wollen, oder aus Gründen „wirtschaftlicher Besserstellung“ nach Europa kommen, ist verschwindend gering.

Fest steht, es sind nicht wenige, die in ihrer Not Hilfe in unserem Land suchen. Es gibt aber keinen Anlaß zu behaupten, daß die „Belastungsgrenze“ unserer Gesellschaft in der Aufnahme von Schutzsuchenden erreicht sei oder sogar von einem „Asylnotstand“ zu sprechen. Sicher ist es auch notwendig, nach neuen Wegen für die Unterbringung von Flüchtlingen zu suchen. So sind etwa verstärkte Hilfeleistungen für Aufnahmeländer im Kulturkreis der Flüchtlinge seitens der Industrienationen dringend notwendig. Oder etwa eine großzügigere Unterstützung des UNHCR. Dies entlastet uns aber keineswegs aus unserer gegenwärtigen humanitären Verantwortung. Die sogenannte „Belastungsgrenze“, so mahnt auch die EKD in eindringlicher Weise, hängt im wesentlichen auch von der Aufnahmebereitschaft unserer Bevölkerung ab. Diese zu verstärken sollte unser erklärtes politisches Ziel sein und nicht die Absicht einiger Wahlstrategen, die ablehnende Verhärtung der Bevölkerung für politische Taktierereien auszunutzen. (-/4.9.1986/vo-he/rs)

\* \* \*

### Die „Stille Reserve“ als Sündenbock

Zum Versuch des Mainzer Wirtschaftsministers Rudi Geil, den Widerspruch von Aufschwung und anhaltender Massenarbeitslosigkeit zu erklären

Von Manfred Reimann MdB  
Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

„Ein Aufschwung, der auf eine Rezession folgt, kann sich mindestens in den ersten Jahren nur zu einem geringen Teil in einer Abnahme der Arbeitslosenzahlen niederschlagen, weil ein während der Rezession verhinderter Abbau der Stillen Reserve nachgeholt wird.“ Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Untersuchung, die der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Rudi Geil erarbeiten ließ.

Wer die mit vielen Zahlen und Tabellen des Statistischen Bundesamtes, aber vor allem mit eigenen, für die Laien kaum verständlichen Berechnungen und Schätzungen gespickte Studie liest, sollte sich vom Anschein der Seriosität und Wissenschaftlichkeit nicht blenden lassen: Die Studie geht davon aus, daß einerseits die Stille Reserve nicht quantifizierbar ist, beziehungsweise Zusammenhänge zwischen Stiller Reserve und Arbeitsmarktsituation „allenfalls für einen Teil der Stillen Reserve von ausschlaggebender Bedeutung sind“. Andererseits wird als Hypothese angenommen, daß „bei einem hohen Niveau der Arbeitslosigkeit die Stille Reserve wächst“.

Die Autoren konzentrieren sich weitgehend auf die inzwischen als „klassische Gruppe“ bezeichneten verheirateten arbeitslosen Frauen, die an dem Zustrom aus der Stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt von 1984 und 1985 mit 87,7 Prozent von insgesamt 575.000 Personen beteiligt gewesen sein sollen. Nach Untersuchungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist diese Gruppe inzwischen mit weniger als einem Fünftel an der Stillen Reserve beteiligt, die insgesamt für 1983 mit über eine Million, für 1984 mit über 1,3 Millionen errechnet wurde.

Die Studie krankt besonders daran, daß die dominierende demographische Komponente, das unübersehbare Nachrücken geburtenstarker Jahrgänge außer acht gelassen wird.

Gilt die Stille Reserve den Autoren allgemein als nicht quantifizierbar, so drücken sie sich ebenso um die Untersuchung der Ursachen dafür, daß sich Arbeitslose nicht registrieren lassen. Die Vielzahl von Faktoren erlauben keine Begründung.

Von den Ursachen und den psychosozialen Folgen der Arbeitslosigkeit, von Unkenntnis der Arbeitslosen und Resignation, haben die Autoren offenbar nie etwas gehört. Zahlreiche Untersuchungen haben bewiesen, daß diejenigen, die kein Geld vom Arbeitsamt zu erwarten haben, auch wenig geneigt sind, sich arbeitslos zu melden. Dies trifft vor allem für Jugendliche und Hausfrauen zu. Nach vergeblichen Vermittlungsbemühungen nimmt die Motivation, regelmäßig das Arbeitsamt aufzusuchen, verständlicherweise ab.

Jugendliche sind nicht etwa deshalb nicht beim Arbeitsamt registriert, weil die Bildungschancen so rosig wären. Die schulische Ausbildung gilt heute schon als Alternative zur drohenden Arbeitslosigkeit. Für arbeitslose Jugendliche beginnt der „Fehlstart“ ins Berufsleben zunächst einmal mit fehlenden Leistungsansprüchen und äußerst geringen Vermittlungschancen durch das Arbeitsamt.

Es ist schon der blanke Zynismus, wenn es in einem der Schlußsätze der rheinland-pfälzischen Studie über die derzeitige Beschäftigungssituation heißt: „1982 wirkte die ausgewiesene Arbeitslosigkeit wie eine Beschönigung, 1985 wie eine Dramatisierung der Entwicklung.“

Zu Beginn der Legislaturperiode versprach Arbeitsminister Blüm, die Arbeitslosigkeit bis 1985 unter die Millionengrenze zu drücken. Jetzt, wo dieses Versprechen trotz aller Schönheitsoperationen an der Arbeitslosenstatistik nicht gehalten werden konnte, werden die Ursachen des eigenen Versagens auf Außenfaktoren projiziert. Nach dem Motto: Die Stille Reserve ist schuld an der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, werden wieder einmal die Menschen verprellt, die die Optimismus-Kampagnen der Union, als Chance einen Arbeitsplatz zu finden, mißverstanden haben.

Die Fakten über die derzeitige soziale Lage in unserem Land lassen sich nicht beschönigen:

- Ein Haer von 2,6 Millionen Menschen ist auf Sozialhilfe angewiesen;
- über 1,3 Millionen Menschen haben nach seriösen Arbeitsmarktstudien die Chance aufgegeben, einen Arbeitsplatz zu finden;
- über 2,3 Millionen Arbeitslose warten auf eine Chance, am Erwerbsleben teilzunehmen.

(-/4.9.1986/vo-he/rs)

\* \* \*

